21. Mai 2025

# Stellungnahme zur Nutzung internationaler $CO_2$-Zertifikate zur Erreichung der nationalen und europäischen Klimaziele

**Kurzfassung**

Im Koalitionsvertrag hält die Bundesregierung an dem Ziel fest, Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, vor allem durch Emissionsminderungen im Inland, ergänzt durch negative Emissionen sowie in begrenztem Umfang durch hochwertige Zertifikate aus Drittstaaten. Der Einsatz außereuropäischer Zertifikate soll dabei auf maximal drei Prozent des EU-Ziels für 2040 begrenzt werden.

Der Deutsche Verband für negative Emissionen (DVNE)

1. **unterstützt** den begrenzten Einsatz hochwertiger internationaler *Entnahmezertifikate* zur Erreichung der Klimaziele, sofern diese strengen Qualitätsanforderungen unterliegen - zum Beispiel dem europäischen Zertifizierungsrahmen (CRCF).

   Begründung: Der Fokus muss weiterhin auf Maßnahmen im Inland liegen, doch der gezielte Ausbau von $CO_2$-Entnahme- und Speicherkapazitäten in Drittstaaten kann zur Nachfrageentwicklung beitragen und somit den globalen Hochlauf und internationalen Wettbewerb fördern.

2. **spricht sich gegen** die Anrechnung internationaler *Reduktions- oder Vermeidungszertifikate* aus.

   Begründung: Diese sind hinsichtlich ihrer Umweltwirkung oft schwerer messbar. Zudem könnten sie zu einer erheblichen Verzerrung der Marktpreise beitragen und bestehende Anreize für inländische Dekarbonisierungsmaßnahmen schwächen.

**Der Vorschlag im Koalitionsvertrag**

Im Koalitionsvertrag bekräftigen die Regierungsparteien das im Klimaschutzgesetz (KSG) definierte Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045. Dieses soll “vorrangig durch Reduktion von $CO_2$ und anderen Treibhausgasen in Deutschland, zusätzlich durch

Anrechnung negativer Emissionen sowie in begrenztem Umfang durch hochqualifizierte und glaubwürdige $CO_2$-Reduktionen in außereuropäischen Partnerländern"[1]. Dieses Prinzip soll sowohl in der europäischen Klimapolitik als auch im europäischen Emissionshandel (EU-ETS) Berücksichtigung finden.
Zugleich will sich die Bundesregierung für ein europäisches Reduktionsziel von netto 90 Prozent bis 2040 einsetzen, unter der Voraussetzung, dass auch Zertifikate aus zertifizierten, dauerhaften Projekten in außereuropäischen Ländern zur Zielerreichung beitragen dürfen. Der Einsatz solcher Zertifikate soll auf drei Prozent des Gesamtziels begrenzt bleiben.[2] Dieser Vorschlag stützt sich auf eine Mitteilung der Europäischen Kommission, in der ein Netto-Emissionsminderungsziel von 90 Prozent bis zum Jahr 2040 vorgeschlagen wird.[3]

Gemäß §3 des KSG[4] muss Deutschland seine Ziele anpassen, wenn auf EU-Ebene die Ziele angehoben werden. Der Kommissionsvorschlag zum 90-Prozent-Ziel soll in den kommenden Wochen in die Verhandlungen mit dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament eingebracht werden.

Gleichzeitig sieht das Europäische Klimagesetz bislang vor, dass die Klimaziele bis 2030 und 2050 mit Maßnahmen innerhalb der Europäischen Union erreicht werden müssen.[5] Eine Anrechnung internationaler Zertifikate wäre daher nur mit einer Gesetzesänderung möglich. Klimakommissar Wopke Hoekstra äußerte sich zuletzt offen einer solchen Anpassung gegenüber.[6]

**Unsere Position**

Der DVNE unterstützt die Setzung eines europäischen Zwischenziels von 90 Prozent bis 2040 und begrüßt die Möglichkeit, hochwertige internationale Zertifikate in begrenztem Umfang ergänzend zur Zielerreichung heranzuziehen. Um die Umweltintegrität zu wahren, sollten dabei ausschließlich Aktivitäten zur $CO_2$-Entnahme und Speicherung, die strenge Anforderungen an Messung, Berichterstattung und Verifizierung erfüllen, zugelassen sein.

Der gezielte Ankauf solcher Zertifikate kann Investitionssicherheit schaffen und damit sowohl den Ausbau naturbasierter Senken wie Böden, Wälder und Moore als auch die Entwicklung technologischer $CO_2$-Entnahmeverfahren fördern. Deutschland muss

[1] CDU, CSU, SPD (Link)
[2] ebd.
[3] Europäische Kommission (Link)
[4] Bundesamt für Justiz (Link)
[5] Europäische Union (Link)
[6] Politico (Link)

gezielt ein breites Portfolio unterschiedlicher Ansätze unterstützen, um die erforderlichen Entnahmemengen auf nachhaltige und resiliente Weise zu erreichen.
Dabei muss der Fokus weiterhin auf Maßnahmen im Inland liegen. Diese benötigen jedoch klare Anreizsysteme und langfristige Nachfrageperspektiven. Ein stabiler Markt ist die Voraussetzung dafür, dass Anbieter entsprechende Kapazitäten aufbauen. Der gezielte Ausbau von $CO_2$-Entnahme- und -Speicherkapazitäten, auch in Drittstaaten, kann den globalen Markthochlauf beschleunigen und den Wettbewerb stärken.
Gleichzeitig eröffnet die gezielte Nutzung hochwertiger Entnahmezertifikate aus Drittstaaten die Möglichkeit, frühzeitig praktische Erfahrungen mit dem internationalen Zertifikatehandel nach Artikel 6 des Pariser Abkommens zu sammeln. Länder wie die Schweiz und Schweden haben bereits bilaterale Kooperationsabkommen abgeschlossen[7]. Deutschland sollte ebenfalls Schritte unternehmen, um internationale Partnerschaften aufzubauen, Verfahrenssicherheit zu gewinnen und die Robustheit der Artikel-6-Mechanismen mitzugestalten. Mit seiner starken Position im Maschinen- und Anlagenbau kann Deutschland zudem als Exporteur von $CO_2$-Entnahme- und Speichertechnologien eine zentrale Rolle einnehmen und von der globalen Wertschöpfung beim Aufbau einer neuen Industrie profitieren.[8]

Dabei sollten ausschließlich Zertifikate zugelassen werden, die den Anforderungen des EU-weit einheitlichen CRCF-Zertifizierungsrahmens oder vergleichbar strengen Standards entsprechen. Der CRCF-Rahmen bezieht sich derzeit ausschließlich auf Aktivitäten innerhalb Europas. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Anforderungen künftig sowohl für Projekte im europäischen Inland als auch für Projekte in außereuropäischen Partnerländern verbindlich gelten. So wird die Integrität des Gesamtsystems stets gewahrt sowie sichergestellt, dass die ausgewiesenen $CO_2$-Entnahmen tatsächlich erbracht werden.

**Klare Trennung von Reduktion/Vermeidung und Entnahme**

Der DVNE bekennt sich klar zum Grundsatz “Emissionsreduktion vor $CO_2$-Entnahme und Speicherung”, und plädiert für die Entwicklung differenzierter Märkte und Zielsysteme für Emissionsreduktionen und $CO_2$-Entnahmen. $CO_2$-Entnahme und Speicherung dienen ausschließlich der Kompensation unvermeidbarer Restemissionen sowie der Entfernung von überschüssigem $CO_2$. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass in Deutschland bis 2045 rund 37-127 Millionen Tonnen $CO_2$ an jährlichen Restemissionen verblieben[9], die durch negative Emissionen kompensiert werden müssen. Um diese Volumina zu erreichen, müssen sowohl naturbasierte als auch

[7] Bundesamt für Umwelt BAFU Schweiz (Link)
[8] BCG, DVNE (Link)
[9] BMWK (Link)

technologische $CO_2$-Entnahmeverfahren schon heute deutlich ausgebaut und gefördert werden. Die Integration negativer Emissionen in verpflichtende $CO_2$-Märkte kann hierfür ein wirksames Instrument sein. Zusätzliche Mechanismen, wie getrennte Zielsysteme für Emissionsreduktionen und $CO_2$-Entnahmen sowie differenzierte Märkte für negative Emissionen mit unterschiedlicher Speicherdauer, können dazu beitragen, potenzielle Zielkonflikte zu vermeiden und die Umweltintegrität zu wahren.

Reduktions- oder Vermeidungszertifikate, etwa für erneuerbare Energien oder Effizienzmaßnahmen, erzielen auf dem freiwilligen Kohlenstoffmarkt derzeit umgerechnet durchschnittlich unter 4 EUR pro Tonne $CO_2$[10] und liegen damit deutlich unter dem durchschnittlichen EU-ETS-Preis von etwa 65 Euro im Jahr 2024.[11] Eine Zulassung solcher Zertifikate in den EU-ETS würde die Marktpreise deutlich verzerren und Anreize für inländische Dekarbonisierungsmaßnahmen schwächen. Dies könnte die Funktionsfähigkeit des EU-ETS erheblich beeinträchtigen. Zudem besteht das Risiko erheblicher Greenwashing-Effekte, die die Integrität der europäischen Klimapolitik und die Erreichung der Klimaziele erheblich gefährden könnten.

Die Umweltwirkung aus Aktivitäten zur $CO_2$-Entnahme und Speicherung ist im Gegensatz zur $CO_2$-Vermeidung oder Reduktion in der Regel besser quantifizierbar und über längere Zeiträume gesichert.[12] Um die Glaubwürdigkeit der europäischen Klimapolitik zu erhalten, sollte die Bundesregierung sich auf EU-Ebene klar dafür einsetzen, ausschließlich hochwertige negative Emissionen anzuerkennen. Es muss sichergestellt werden, dass minderwertige Zertifikate aus dem Ausland nicht in das europäische Zielsystem integriert werden, um die Funktionalität des Emissionshandels zur Erreichung der europäischen Klimaziele nicht zu untergraben.

**Operationalisierung des Koalitionsvertrags**

Zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag anvisierten Maßnahmen empfiehlt der DVNE:

- Eine frühzeitige Verankerung hochwertiger, unter robusten Standards zertifizierter negativer Emissionen im EU-Zielsystem
- Den Aufbau bilateraler Artikel-6-Kooperationen mit Partnerländern
- Klare politische Signale zur Förderung von Aktivitäten zur $CO_2$-Entnahme und Speicherung im In- und Ausland.

[10] AlliedOffsets (Link)
[11] ICAP (Link)
[12] NetRapido, Perspectives Climate Research (Link)